

# INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April–Juni 2014



**2 | 2014**

Statistisches Bundesamt

---

<b>Herausgeber</b>	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats
<b>Internet</b>	<a href="http://www.destatis.de">www.destatis.de</a>
<b>Schriftliche Anfragen</b>	<a href="http://www.destatis.de/kontakt">www.destatis.de/kontakt</a>
<b>Fragen zum Heft</b>	„Informationen aus der amtlichen Statistik“ Nr. 2/2014 Telefon +49 (0) 611 / 75 45 51
<b>Statistischer Informationsservice</b>	Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
<b>Erscheinungsfolge</b>	vierteljährlich
<b>Erscheinungstermin</b>	Im August 2014

<b>Fotorechte</b>	©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
-------------------	-------------------------------------

© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2014	Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.
---	--

<b>Inhalt</b>	<i>Seite</i>
<b>Editorial</b>	
Kurze Atempause nach dem ersten Halbjahr	5
<b>Veranstaltungen und Besuche</b>	
21. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System	6
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	7
Tagung des OECD-Statistikkomitees (CSSP)	8
Europäischer Workshop der OECD zu „Subjective Well-Being“	12
8. INSPIRE-Konferenz vom 16. bis 20. Juni 2014	12
„Big Data in der amtlichen Statistik“ als Thema einer Eurostat-Arbeitsgruppe	13
Ratsarbeitsgruppe Statistik am 19. Juni 2014 in Brüssel	14
Neue Kooperationsvereinbarung mit „Turkstat“	15
Isländische Delegation zu Besuch in Wiesbaden	16
KAZSTAT-Projekt – Amtsleiter ziehen Zwischenbilanz	16
KAZSTAT-Projekt wird internationaler	17
Erstmaliger Besuch einer Delegation aus Taipeh	18
Validierungs-Arbeitsgruppe informiert sich in Wiesbaden	19
<b>Fachspezifisches im Fokus</b>	
Workshop zur Diskussion über das Global Activity Limitation Instrument (GALI) in Bonn	20
Amtsleiterkonferenz in Kamenz	20
Jahresbericht 2013 erschienen	21
Länderprofilie für Frankreich und Italien 2014	21
„Im Fokus“-Artikel bleiben zugänglich	22
<b>Öffentliche Finanzen und Steuern</b>	
Mehr Qualitätsmanagement bei den Staatsfinanzdaten wegen Relevanz für Verfahren bei übermäßigem Defizit (VÜD)	23
Modellrechnung „Integrierte kommunale Schulden“	23
<b>Internationales</b>	
EU-Mindestlöhne	24
<b>Wirtschaftsrechnungen</b>	
Überschuldung ist mehr als ein soziales Randphänomen	24
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>	
Implementierung neuer internationaler Konzepte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	25
48. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	25
<b>Preise</b>	
Preisniveau in Deutschland knapp über dem EU-Durchschnitt	26
<b>Bildung</b>	
Schulen auf einen Blick	26
Statistisches Bundesamt auf dem Kinder- und Jugendhilfetag	27

<b>Sozialleistungen</b>	
Info-Veranstaltung zur Neukonzeption der Grundsicherungsstatistik	27
<b>Arbeitsmarkt</b>	
Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ mit wissenschaftlicher Tagung „Selbstständig erwerbstätig – jenseits des Arbeitnehmerdaseins“	28
<b>Gesundheit</b>	
Gesundheitsausgaben 2012 übersteigen 300 Milliarden Euro	30
<b>Verdienste und Arbeitskosten</b>	
Impulsvortrag zur Tarifbindung auf der Geschäftsführerkonferenz der BDA	31
<b>Umwelt</b>	
Indikatorenbericht 2014 zur nachhaltigen Entwicklung vorgelegt	31
<b>Kontakt zur Redaktion</b>	<b>32</b>
<b>Personalnachrichten</b>	
Statistischer Beirat	33
Statistisches Bundesamt	33
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	33
Statistisches Amt Mecklenburg Vorpommern	33
Hessisches Statistisches Landesamt	33
<b>Anhang</b>	
Tagungskalender	34
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juli 2014	37

### Kurze Atempause nach dem ersten Halbjahr

Sehr geehrte Damen und Herren,



die 61. Tagung des Statistischen Beirats liegt noch nicht lange zurück. Ihre Organisation hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Sie die vorliegende zweite Ausgabe der „Informationen aus der amtlichen Statistik“ etwas später erhalten haben.

Mitten in der klassischen Urlaubszeit also blicken wir in den kommenden Seiten auf ein ereignisreiches Frühjahr zurück. Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes waren in Luxemburg und Brüssel dabei, wo mit der Beratung jeweiliger EU-Rechtsakte die Weichen für die europäische und damit auch für den größten Teil der Bundesstatistik gestellt werden. Naturgemäß mitunter weniger konkret als die Rechtsakte, aber dafür sehr weit gespannt und interessant sind die Statistik-Themen, die in den entsprechenden Gremien von OECD und Vereinten Nationen besprochen werden.

Parallel zu diesen Terminen bringt sich mein Haus in verschiedene bi- und multilaterale Kooperationsprojekte ein, aus denen erfahrungsgemäß beide Seiten Gewinn ziehen. Diese Aktivität hat mich im ersten Halbjahr unter anderem nach Astana und nach Ankara geführt.

Schließlich berichten wir über Neuigkeiten aus den Fachstatistiken. Viele von Ihnen werden die Medienberichte über das „neue BIP“ verfolgt haben. Ein kurzer Bericht bringt die Berechnungsmethode nach der aktuell geltenden EU-Verordnung noch einmal auf den Punkt, ehe im Herbst die ersten Ergebnisse nach der neuen Rechenmethode veröffentlicht werden. Außerdem informieren wir Sie über den Verlauf unserer wissenschaftlichen Tagung zum Arbeitsmarkt („Selbstständig erwerbstätig“), deren „Call for Papers“ wir auch in der vorigen Ausgabe dieser „Informationen aus der amtlichen Statistik“ veröffentlicht hatten.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Sommer – und wenn die Lektüre Sie zu weiteren Fragen anregen sollte, nur zu: [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt) oder direkt unter der Rufnummer +49(0) 611 75 2405.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Roderich Egeler".

Roderich Egeler  
Präsident des Statistischen Bundesamtes



## 21. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System



Am 14. und 15. Mai 2014 trafen sich die Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten und von Eurostat zur 21. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg.

### Die wichtigsten Ergebnisse:

Der von Eurostat vorgelegte **Entwurf eines Rechtsaktes für die Schaffung einer neuen statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA-Fassung 2.1)** wurde einstimmig angenommen. Im Wesentlichen soll hiermit eine Angleichung an die Güterklassifikation der Vereinten Nationen vorgenommen werden.

Das neue **Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010)** findet ab September 2014 in Europa Anwendung. Die Mitgliedstaaten (MS) können für einen befristeten Zeitraum Ausnahmeregelungen bezüglich der Übermittlung der VGR-Daten in Anspruch nehmen. Der einstimmig verabschiedete **Entwurf der Durchführungsverordnung** listet alle beantragten Ausnahmeregelungen auf. Die Daten der VGR gemäß ESVG 2010 sollen künftig auch nach dem Datenübermittlungsverfahren SDMX (Standard for Metadata Exchange) übermittelt werden. Hierzu legt der AESS den Entwurf einer Durchführungsverordnung für das ESVG 2010 zur Abstimmung vor, die die Datenformate, die Datenstrukturdefinitionen (Identifizierung einzelner Datensätze in einer Datenbank) und SDMX-Artefakte für die VGR in Europa einheitlich vorschreiben wird. Auch dieser Entwurf wurde einstimmig verabschiedet. In diesem Zusammenhang wurde auch der Fortschrittsbericht zur SDMX-Einführung auf nationaler Ebene zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von **Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen** findet alle fünf Jahre eine Erhebung über die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen (Erhebung über Erwachsenenbildung – AES) statt. Die nächste AES wird 2016 durchgeführt werden. Die Datensammlung über die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen soll weiter gestrafft und verbessert werden, indem der Schwerpunkt auf prioritäre Bereiche gelegt und der derzeitige Inhalt an den neuen politischen Bedarf angepasst wird. Eurostat legte hierzu einen Kommissionsentwurf vor, der Datenerfassungsbestimmungen als auch eine Verringerung der Belastung vorsieht. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen.

Nach längerer Diskussion verabschiedete der AESS die „**ESS Vision 2020**“, die die strategische Weiterentwicklung des ESS vorantreibt, als Kompromiss zwischen einer Absichtserklärung und einer Vision und kam darüber hinaus zu der Vereinbarung, dass diese gemeinsame Erklärung die Leitlinien für die Entwicklung des ESS bis 2020 darstellen solle. Es wurde - auch mit deutscher Beteiligung - eine Arbeitsgruppe (Task Force) gegründet, die die Partnerschaftsgruppe bei der Ausarbeitung erster Empfehlungen für eine Implementierungsstrategie der ESS Vision 2020 unterstützen soll.

Aufgrund des neuen mehrjährigen Finanzrahmens der EU bis 2020 soll das **Europäische Statistische Programm 2013-2017 bis 2020 verlängert** werden. Neben dieser zeitlichen Verlängerung ist auch – soweit erforderlich - eine inhaltliche Anpassung des Statistischen Mehrjahresprogramms der EU an die ESS Vision 2020 und ihre Implementierungsstrategie vorgesehen. Grundsätzlich begrüßten die MS mehrheitlich den Entwurf des Jahresarbeitsprogramms 2015. Einige machten allerdings deutlich, dass



sie es angesichts sinkender Ressourcen bei gleichzeitig ansteigendem Daten- und Investitionsbedarf für zu ambitioniert halten. Es wurde vereinbart, dass die Prioritätensetzung künftig nicht nur den als dringlich deklarierten Datenbedarf der Politik berücksichtigen solle, sondern auch deren Bereitschaft, dafür zu bezahlen. Das Jahresarbeitsprogramm soll Ende Dezember verabschiedet werden.

Der AESS verabschiedete das auf Basis einer Machbarkeitsstudie erarbeitete Konzept zur Einführung des EMOS-Labels (**Europäischer Master für amtliche Statistik**) sowie die vorgestellte Roadmap zur Implementierung. Obwohl es Kritikpunkte gab, wurde der eingeschlagene Ansatz grundsätzlich als zielführend angesehen. Einige Länder vermissten insbesondere klare und transparente Kriterien für die Vergabe des EMOS-Labels. Die Ausbildung wurde in Teilen im Ergebnis als zu wenig harmonisiert angesehen. Deutschland regte in Absprache mit der Bundesbank die Aufnahme auch von Bankenstatistiken in die Ausbildung an.

Die Präsentation über die künftigen neuen **Anforderungen an die Agrarstatistiken** wurde mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und diskutiert. Eurostat stellte einen Entwurf für einen neuen Rechtsrahmen zur Betriebsstrukturerhebung ab 2020 vor. Es ist ein 2-stufiger Aufbau (vor 2020/nach 2020) vorgesehen. Aufgrund der neuen Anforderungen und Verflechtungen, mit denen die Agrarstatistiken konfrontiert werden (Klimafragen, Umwelt, Gesundheit, Verbraucher, Flächen, usw.), ist die Einrichtung eines Diskussionsforums mit den wichtigsten Nutzern geplant. Das Dokument wurde als Strategiepapier von den Mitgliedstaaten überwiegend begrüßt. U. a. auf Anregung Deutschlands wurde beschlossen, die Arbeiten zur weiteren Differenzierung der Roadmap und zur Feinkonzeption an den Ständigen Agrarstatistischen Ausschuss zu verweisen. Dieser soll seine Ergebnisse anschließend dem AESS vorlegen.

Die nächste Sitzung des AESS findet am 26.09.2014 in Riga statt.

## Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Vom 9. bis 11. April 2014 fand die 62. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der Vereinten Nationen (UN) für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Themen „Mehrwert der amtlichen Statistik und wie kann man diesen Mehrwert kommunizieren?“ und „Migrationsstatistik“.

### *Kommunikation: Verständnis des Wertes offizieller Statistiken*

Das Phänomen Big Data, der Bedarf nach Open Data und technische Fortschritte haben zu einem neuen Wettbewerb der amtlichen Statistiken mit anderen Datenanbietern geführt, der langsam die Rolle der amtlichen Statistik in den Gesellschaften verändert. Es wurden verschiedene Fragestellungen zum „Wert“ amtlicher Statistik diskutiert, in einer Welt, die einerseits immer mehr Informationen nachfragt, andererseits auch immer mehr Daten – oft aus nicht-transparenten Quellen – zur Verfügung stellt. Gegenstand der Diskussion waren insbesondere die Fragen, wo der Mehrwert amtlicher Statistik gegenüber den neuen Datenquellen überhaupt liegt, wie dieser gesteigert und letztlich vermittelt werden kann. Diskutiert wurde aber auch, wo die amtliche Statistik in ihrer heutigen Arbeitsweise einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Datenanbietern hat. Ein Beispiel für einen solchen Nachteil ist die Datenaktualität.



### *Strategien zur Kommunikation des Wertes offizieller Statistiken*

In dieser Session ging es um Kommunikations- und Verbreitungsstrategien sowie konkrete Maßnahmen. Schnell wurde deutlich, dass die Länder sich im Wesentlichen drei sehr unterschiedlicher Kommunikationsstrategien bedienen:

- „Traditionelle“ Kommunikation und Verbreitung,
- umfassende Nutzung neuer technischer Möglichkeiten und Kommunikations-tools und
- ausschließliche Bereitstellung von Daten in offenen Formaten und weitgehend freien Lizenzen mit der Möglichkeit für Außenstehende, die Daten umfänglich zu nutzen und weiter zu kommunizieren.

Die anschließende Diskussion im Plenum beschäftigte sich stark mit der Frage, ob der Nutzen des Einsatzes neuer und ressourcenaufwändiger Kommunikationsmöglichkeiten überhaupt im Verhältnis zum Aufwand steht.

### *Migration: Messung aktueller und wechselnder Migrationsmuster – Herausforderungen und Gelegenheiten*

Die verschiedenen Präsentationen zeigten zunächst die verschiedenen Arten von Migration, wie legale und illegale Einwanderung, kurzzeitige Wanderungs- oder auch Flüchtlingsbewegungen und ihre spezifischen Fragen. Was die quantitative Einschätzung betrifft, wird davon ausgegangen, dass weltweit die Migration zunimmt. Die Diskussionsbeiträge zeigten deutlich die Schwierigkeiten der Kategorisierung und die Problematik, ein Bild der Lebenssituation von Migranten zu zeichnen.

### *Migration: Methoden für Verbesserung der Messung von Migration*

Die Vorstellung verschiedener neuer Ansätze zur Migrationsmessung zeigten klar, wie schwierig die Messung von Migration und die internationale Vergleichbarkeit der Daten heute noch ist. Die Delegierten waren sich einig, dass trotz des guten Fortschritts in der Erhebung von Migrationsdaten in den letzten Jahrzehnten noch ein großer Nachholbedarf insbesondere bei der Erfassung räumlich und sachlich detaillierterer Daten besteht. Darüber hinaus ist eine intensivere länderübergreifende Zusammenarbeit auf verschiedensten Ebenen zwischen den statistischen Ämtern, aber auch mit anderen internationalen Organisationen notwendig. Dies betrifft neben dem Datenaustausch die Schaffung gemeinsamer Qualitätskriterien für die Bewertung der Datenqualität oder auch die Verbesserung der Erfassung von sozialen und ökonomischen Einflussfaktoren auf die Migration. Darüber hinaus sollten neue Ansätze zur Datenerhebung insbesondere auch für die Migration entwickelt und geprüft werden sowie die Einbeziehung administrativer Daten und anderer Datenquellen intensiviert werden.

Die nächste Sitzung der CES findet vom 15. bis 17. Juni 2015 in Verbindung mit der Jahrestagung des OECD-Statistikkomitees in Genf statt.

## Tagung des OECD-Statistikkomitees (CSSP)

Das im Oktober 2013 aus dem OECD-Statistikausschuss (CStat) hervorgegangene OECD-Statistikkomitee (CSSP) soll seine Aufmerksamkeit stärker auf strategische Themen lenken, Messmethoden und Datennachfrage vorausschauend entwickeln und steuern und gegenüber anderen Komitees der OECD das eigene Profil schärfen. Zur



diesjährigen Sitzung traf sich das CSSP vor der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) (siehe vorangegangenen Bericht) in Paris.

Das CSSP nahm den OECD Bericht der OECD Haushaltsplanung 2013 – 2014 zustimmend zur Kenntnis. Der vorgesehene Finanzrahmen für das aktuelle Zweijahresprogramm wurde fast eingehalten. Die Ausgaben sind wegen Budgetumschichtungen zugunsten der Projekte „New Approaches to Economic Challenges“ (NAEC) und „Inclusive Growth“ etwas höher. Die freiwilligen Leistungen der OECD-Mitglieder waren etwas geringer als eingeplant.

Wichtige Arbeitsbereiche der OECD sind derzeit insbesondere: Ökologisches Wachstum (Green growth, SEEA), Immobilienpreisindizes, Einführung von SDMX als neues Datenübermittlungsformat und die weitere Entwicklung sogenannter zusammengesetzter Indikatoren.

Zum Thema des regionalen Ansatzes von „Well-Being“ wurde über die Fortschritte des Projektes informiert, dessen Endbericht für September 2014 geplant ist. Erarbeitet werden in dem Projekt u. a. international vergleichbare Indikatoren zur Messung der Lebensqualität auf regionaler Ebene und Ansätze wie solche Indikatoren zur Politikgestaltung genutzt werden können. Im Jahr 2015 wird es hierfür erste Guidelines geben. In der Diskussion wurde insbesondere die Notwendigkeit der Verknüpfung dieser Indikatoren mit georeferenzierten und administrativen Daten hervorgehoben, aber auch deren umfassende Vergleichbarkeit. Eurostat betonte, dass regionale Daten zur Lebensqualität aber nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene (Europa 2020) gebraucht werden.

Die OECD stellte verschiedene Initiativen zur Messung von subjektivem Wohlbefinden, sowohl auf nationaler Ebene als auch seitens der OECD („Guidelines on measuring subjective well-being“) vor. Je besser subjektives Wohlbefinden gemessen wird, desto stärker stellt sich auch die Frage, wie und in welchem Umfang man die Ergebnisse für politische Entscheidungen nutzen kann und welche Aussagekraft sie tatsächlich haben. Die OECD-Guidelines werden künftig noch weiter entwickelt.

Mexiko führt im Rahmen verschiedener Haushaltssurveys basierend auf den OECD-Guidelines auch Befragungen zum subjektiven Wohlbefinden durch. Das System wurde vorgestellt.

In der Diskussion wurde der Bedarf an weiteren Analysen von Indikatoren zu subjektivem Wohlbefinden laut. Insbesondere seien Kausalitäten nicht so einfach abzuleiten, bevor die Ergebnisse in politische Entscheidungen eingehen können. Auch internationale Vergleiche seien teilweise noch zu früh.

Das Projekt NAEC (New Approaches to Economic Challenges) versucht, neue Frühwarnsysteme und Analyseinstrumente für ökonomische Krisen zu entwickeln. Ziel ist es, globale wirtschaftliche Verflechtungen besser zu verstehen und daraus auch politische Handlungsempfehlungen abzuleiten, die positive ökonomische Entwicklungen besser fördern.

Die OECD erläuterte das Projekt „Inclusive Growth“. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass rein ökonomisches Wachstum nicht immer auch gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet, sondern Lebensqualität und Wohlbefinden ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen. Allerdings ist ein solcher Ansatz insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer schwierig. Hinzu kommt, dass es sich um zusammengesetzte, methodisch sehr unterschiedliche Indikatoren handelt, deren Einordnung und Bewertung problematisch sein kann.



Deutschland wies darauf hin, dass es nicht sinnvoll sei, zusätzlich zu den mittlerweile eingeführten Indikatoren zur Messung von Lebensqualität weitere zu schaffen. Hier gibt es neben methodischen Bedenken auch inhaltliche. Insgesamt wurde der Ansatz von den Delegationen grundsätzlich mit Interesse aufgenommen, aber auch die Bedenken von Deutschland und anderen geteilt.

Das CSSP befasste sich mit einem Vorschlag zur Weiterentwicklung des Entwurfs des Arbeits- und Budgetplans im Bereich der Statistik für die Jahre 2015-2016, unter Berücksichtigung von Vorgaben des OECD-Generalsekretariats und der Botschafter der Mitgliedstaaten. Dies betrifft insbesondere die Berücksichtigung der genannten Projekte „New approaches to economic challenges (NAEC)“ und „Inclusive Growth“. Die Versammlung begrüßte die Integration dieser Initiativen und nahm die Auswirkungen auf die erforderliche Umschichtung der Mittelzuweisung im Budgetplan zur Kenntnis. Auch die Priorisierung von Aktivitäten im derzeitigen Entwurf des Arbeitsprogramms wurde von der Versammlung grundsätzlich begrüßt.

Seit einigen Jahren steigen für viele nationale statistische Ämter die Anforderungen der Politik nach statistischen Daten sehr stark. Oft geht das auch noch mit Budgetrestriktionen einher. In zwei Vorträgen – Dieter Sarreither, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes und Wayne Smith, Kanada – wurde der unterschiedliche Umgang mit diesen Restriktionen aufgezeigt.

Der Vortrag von Dieter Sarreither stieß auch deshalb auf ein besonderes Interesse, weil es sich in Deutschland um ein föderales System handelt. Er zeigte insbesondere die Kombination von organisatorischen, strukturellen und prozessorientierten Verbesserungen auf, gepaart mit einer effizienten Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder („einer für alle“) gerade auch im Bereich der Organisation und IT.

Statistics Canada setzt auf Effizienzgewinne zum Beispiel durch eine bessere „Business Architecture“ oder auch die vermehrte Nutzung administrativer Daten. Darüber hinaus wird bei Erhebungen – da wo möglich – die regionale Tiefe oder auch die Zahl der Merkmale reduziert. Insgesamt wurde aber auch ein Verfahren zur Reduktion des Aufgabenprogramms mit den Entscheidungsträgern (Stakeholdern) entwickelt. Wegen des allgemeinen großen Interesses an dieser Thematik wurde beschlossen, dass das CSSP-Büro diese Fragestellungen weiter behandeln wird.

Messung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger gegenüber öffentlichen Einrichtungen: Die OECD erläuterte ihre Definition von „Vertrauen“ und das Problem seiner Abgrenzung, etwa zu „Zufriedenheit“. Ein großes Problem ist die Frage der Verwendbarkeit der Daten im politischen Raum bzw. die Gefahr eines Missbrauchs. Darüber hinaus gibt es häufig große methodische Probleme, oft ist die Erhebungssituation in diesem Bereich auch nicht ideal. Die meisten verfügbaren Informationen sind eine Kombination administrativer Daten mit Expertenmeinungen oder Befragungen nicht-offizieller statistischer Institutionen. Deutschland stellte als strukturiertes System kurz die „Entwicklung eines Kennzahlensystems zur Zufriedenheit mit staatlichen Dienstleistungen“ im Rahmen der Bürokratiekostenmessung beim Statistischen Bundesamt vor. Das Modell stellt Lebenslagen in den Vordergrund, die aus Bündeln von Vorgaben über Gesetze hinweg bestehen und dadurch die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft abbilden. Im Ergebnis soll das Modell ein qualitatives Kennzahlensystem liefern, mit dem Stärken und Schwächen im konkreten Verwaltungshandeln identifiziert werden und Potenzial für Verbesserungsmaßnahmen in den jeweiligen Behörden aufgezeigt wird.

Es wurde eine „advisory group“ eingesetzt, bestehend aus Japan, Mexiko, Norwegen, Vereinigtem Königreich, Schweden und der Statistikabteilung der Vereinten Nationen



(UNSD), die sich insbesondere mit der Entwicklung geeigneter Indikatoren und den Risiken der „Trust-Messung“ beschäftigen wird.

Die Arbeiten „Globale Wertschöpfung“ werden durch die gemeinsame OECD-WTO Initiative „Trade in Value Added (TiVA)“ bestritten. Die OECD erläuterte, dass die TiVA-Datenbank inzwischen die von ihren Nutzern meist frequentierte Datenbank ist. TiVA Indikatoren zählen zu den „OECD core statistical outputs“. Die Erwartungen der Nutzer an Weiterentwicklungen sind hoch. Zum Beispiel sind zu verbessern: die Dokumentation und der öffentliche Zugang, Verfügbarkeit der Ergebnisse (timeliness), eine höhere Detailgenauigkeit, Erweiterung durch mehr Länderdaten und die Schaffung einer Verbindung zu den „Foreign Direct Investment“-Daten. Der Vorschlag, in der künftigen Weiterentwicklung der Arbeit an den Aufkommens- und Verwendungstabellen nicht mehr in erster Linie die statistischen Einheiten auf der Basis ihrer industriellen Aktivität zu aggregieren, sondern eine stärkere Untergliederung zu ermöglichen, wurde zurückhaltend aufgenommen.

Das CSSP beschloss die Einrichtung einer informellen OECD-Expertengruppe, die untersucht wird, wie Aufkommens- und Verwendungstabellen in der Input-Output-Rechnung weiterentwickelt werden sollten, damit Aspekte der Globalisierung besser abgebildet und die Qualität der Berechnung globaler Wertschöpfungsketten erhöht werden können.

Die OECD stellte ihre Ansätze zur Nutzung von Mikrodaten vor. Es gibt für die OECD nach wie vor verschiedene technische, rechtliche und administrative Herausforderungen auf die die Analysten der OECD stoßen, insbesondere bei grenzüberschreitendem Datenzugang.

Wie in vielen anderen Ländern auch, ist in Deutschland der Zugang der OECD zu Mikrodaten der amtlichen Statistik stark eingeschränkt. Die wissenschaftliche Nutzung der Mikrodaten kann nur auf Basis und im Rahmen der nationalen Gesetzgebung stattfinden. Diese ist jedoch in den einzelnen Ländern stark unterschiedlich geregelt und wird ebenfalls unterschiedlich ausgelegt. Deshalb strebt die „OECD Expertengruppe zu Mikrodatenzugang“, eine einheitliche Terminologie an und will erste Lösungsansätze für einen internationalen Mikrodatenzugang aufzuzeigen.

Vorgestellt wurde der Endbericht der im Juni 2011 eingesetzten Expertengruppe, „International Collaboration on Microdata Access“. Als Beispiel einer effektiven Zusammenarbeit wird dabei die Zusammenarbeit der „Nordic States“ auf dem Gebiet der amtlichen Statistik genannt.

Das Statistische Bundesamt hatte einen aktiven Part in dem Thema „Building trust“ und „Establishing trusted partners in delivering microdata services“, bei dem es darum ging, unter Beachtung der existierenden Gesetzgebung, Maßnahmen und Richtlinien zu entwickeln, die eine länderübergreifende Nutzung der Mikrodaten der amtlichen Statistik möglich machen können.

In der anschließenden Diskussion wurden die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichtes ausdrücklich begrüßt und die Wichtigkeit der Arbeit in Richtung standardisierter „Remote-Access-Lösungen“ begrüßt.

Bei den regelmäßigen Qualitätskontrollen (Quality Reviews) der wichtigsten OECD Datenbanken zeigte sich, dass Ergebnisse aus der Datenbank zur Transport-Infrastruktur einerseits zwar sehr stark in den Ländern nachgefragt werden, andererseits aber in vielen Fällen weder eine internationale Vergleichbarkeit gegeben ist, noch eine mit den Daten der VGR. Die Präsentationen des US Department of Transportation über die Bedeutung dieser Daten für politische Entscheidungen und die für eine befriedigende Datenlage nötigen Weiterentwicklungen zeigte die Probleme konkret auf.



In der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit einer Verbesserung der Datenlage auch von den Delegierten gesehen. Allerdings wurden auch die hierfür erforderlichen, aber nicht vorhandenen Ressourcen angesprochen.

Die nächste CSSP-Sitzung findet in Verbindung mit der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) am 18. und 19. Juni 2015 in Genf statt.

### Europäischer Workshop der OECD zu „Subjective Well-Being“

Die OECD hat in einem Workshop am 23. und 24. Juni 2014 in Paris mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft sowie Datenproduzenten aus der amtlichen Statistik Möglichkeiten diskutiert, wie sich subjektive Indikatoren zum Wohlbefinden („Well-Being“) messen und wie sich das statistische Datenangebots bezüglich subjektiver Indikatoren zur Lebenszufriedenheit verbessern lässt.

Subjektive Indikatoren sind ein wichtiger Bestandteil der „Better Life Initiative“ der OECD aus dem Jahr 2009. Sie ergänzen so genannte objektive, d.h. quantifizierbare Tatbestände. Beispiele dafür finden sich in der Publikation der OECD „How's Life? – Progress Measurement“, die nunmehr zum zweiten Mal aufgelegt wurde. Auch hat die OECD 2013 ein [Handbuch zur Bereitstellung von subjektiven Indikatoren](#) vorgelegt.

Auf der Sitzung wurden vor allem die verschiedenen Aspekte von Lebenszufriedenheit vorgestellt (wie allgemeine Lebenszufriedenheit im Rückblick, die aktuelle Zufriedenheit, die Zufriedenheit im Hinblick auf ein erfülltes Leben sowie bereichsspezifische Einstellungen wie z.B. Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand oder der Wohnsituation) und die Möglichkeiten ihrer statistischen Erfassung diskutiert. Für Deutschland werden diese Daten vor allem von privaten Einrichtungen oder der Wissenschaft bereitgestellt. Allerdings gibt es erste Ansätze zur Messung von subjektiven Indikatoren für die europäische Erhebung EU-SILC.

Zusammenfassend wurde auf dem Workshop festgestellt, dass eine weitere und systematische Erforschung derartiger Indikatoren unter Berücksichtigung der Empfehlungen der OECD wie auch in Hinblick auf mögliche neue Datenquellen notwendig sei.

### 8. INSPIRE-Konferenz vom 16. bis 20. Juni 2014

INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in the European Community) ist eine Initiative der europäischen Kommission, um eine europäische Geodaten-Basis mit integrierten raumbezogenen Informationsdiensten zu schaffen. Grundlage ist die „INSPIRE“-Richtlinie (EG) 2007/2/EG vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE).

Auf der diesjährigen INSPIRE-Konferenz vom 16. bis 20. Juni in Aalborg/Dänemark haben unter dem Motto „INSPIRE for Governance“ Vertreter aus der Politik sowie Anbieter von IT-Lösungen und Datenlieferanten die Fortschritte bei der Implementierung von INSPIRE vorgestellt und diskutiert. Auf der Veranstaltung, die aus Plenarsitzungen, parallelen Workshops und Posterausstellungen bestand, wurden vor allem Fragen der technischen Umsetzung, der Verbreitung von INSPIRE sowie mögliche thematische Anwendungsbereiche auf supra- und internationaler Ebene diskutiert.

Nachdem nun der rechtliche Rahmen mit formalen Vorgaben für INSPIRE vorliegt, muss in einem nächsten Schritt ein so genannter „mid term“-Bericht vorgelegt werden: Die



einzelnen Komponenten wurden in den Plenarveranstaltungen und Workshops aus verschiedenen Blickwinkeln (für Europa, die Mitgliedstaaten und ausgewählte Projekte) kritisch gewürdigt.

Folgende Schwerpunkte für die weitere Vorgehensweise in der näheren Zukunft wurden diskutiert:

- stärkere Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf den möglichen Nutzen der Geodateninfrastruktur für die Mitgliedstaaten wie auch die Europäische Union
- stärkere Verflechtung zwischen INSPIRE und dem gesamteuropäischen Erdbeobachtungsprogramm „Copernicus“
- Ausweitung von INSPIRE auf andere Politikbereiche in Form von so genannten Fallstudien

### „Big Data in der amtlichen Statistik“ als Thema einer Eurostat-Arbeitsgruppe

Am 6. Juni 2014 tagte bei Eurostat in Luxemburg eine Arbeitsgruppe („ESS Task Force“) zu „Big Data in der amtlichen Statistik“: Vertreter aus Wissenschaft, internationalen Einrichtungen sowie der amtlichen Statistik der europäischen Union diskutierten gemeinsam einen Arbeits- und Zeitplan für die Nutzungsmöglichkeiten von Big Data in der amtlichen Statistik. Grundlage dafür war das auf der DGINS 2013 verabschiedete „Scheveningen Memorandum“ zu „Big Data and Official Statistics“. Der Ausschuss für Europäische Statistiken hat im März 2014 eine Task Force eigens für diesen Themenkreis, überwiegend mit Teilnehmern aus Mitgliedstaaten der europäischen Union, eingesetzt. Einen Ansatzpunkt soll die neue ESS-Vision 2020 bilden. Insgesamt sollen sich diese Arbeiten über drei Planungshorizonte mit unterschiedlichen Zielen erstrecken:

Kurzfristig, das heißt bis 2016, soll ein Arbeits- und Zeitplan verabschiedet, die Grundlagen für die notwendigen Fachkenntnisse geschaffen, Big Data für die Statistik in die übergeordnete Big Data-Strategie der Kommission aufgenommen sowie einige Pilotprojekte lanciert werden.

Mittelfristig, das heißt bis 2020, wird angestrebt, dass Big Data für die amtliche Statistik Bestandteil der jeweiligen nationalen Strategien ist, ein Rahmen für IT, die Methodik und hinsichtlich der Qualität vorliegt sowie einige Public Private Partnership (PPP)-Maßnahmen zu Big Data in der amtlichen Statistik in die Wege geleitet sind.

Langfristig, das heißt nach 2020, soll mit der Implementierung und den dafür erforderlichen Maßnahmen wie zum Beispiel der Änderung von Rechtsakten und der Festlegung neuer Methoden begonnen werden.

Für die diesjährige DGINS-Konferenz in Riga soll von Eurostat gemeinsam mit einem nationalen statistischen Institut unter Bezugnahme auf die ESS Vision 2020 über die nächsten Schritte bezüglich Big Data berichtet werden.



### Ratsarbeitsgruppe Statistik am 19. Juni 2014 in Brüssel

Die Arbeitsgruppe Statistik des EU-Rates (RAG Statistik) tagte unter Vorsitz der griechischen Ratspräsidentschaft am 19. Juni 2014 in Brüssel. Sie befasste sich mit folgenden Rechtsakten:

1. In neunter Sitzung mit einem Vorschlag der Europäischen Kommission (KOM) für eine Verordnung (VO) des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates über die **Bereitstellung und Qualität von Statistiken für das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP-VO)**. Der von der Ratspräsidentschaft vorgelegte neue Entwurf berücksichtigt die Ergebnisse der Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten (MS) in der RAG vom 28. Mai 2014 sowie neue Vorschläge der griechischen Ratspräsidentschaft.

2. In zweiter Sitzung mit einem Vorschlag für eine VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EG) Nr. 91/2003 des EP und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die **Statistik des Eisenbahnverkehrs im Hinblick auf die Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle**. Der Vorschlag der griechischen Präsidentschaft wurde von den MS unterstützt. Es wurde beschlossen, noch den Hinweis auf die Einbeziehung von Experten durch die KOM vor der Verabschiedung delegierter Rechtsakte aufzunehmen. Auch soll es in Bezug auf die Geheimhaltung einen Hinweis auf die VO (EG) Nr. 223/2009 in den Erwägungsgründen geben.

Die Kommission erklärte, dass sie diesen Vorschlag der Präsidentschaft nicht akzeptieren könne und bei ihrem ursprünglichen Vorschlag bleibe. In einer der nächsten RAG-Sitzungen werden die Vorschläge des EP zu dieser VO behandelt werden.

3. In zweiter Sitzung mit einem Vorschlag für eine VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EG) Nr. 1365/2006 über die **Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen** hinsichtlich der Übertragung von delegierten Befugnissen und Durchführungsbefugnissen an die KOM zum Erlass bestimmter Maßnahmen. Die MS nahmen den Vorschlag der griechischen Präsidentschaft an. Die KOM erklärte, dass sie diesen Vorschlag der Präsidentschaft nicht akzeptieren könne und bei ihrem ursprünglichen Vorschlag bleibe. Auch hier sollen die Vorschläge des EP zu dieser VO in einer der nächsten RAG-Sitzungen behandelt werden.



### Neue Kooperationsvereinbarung mit „Turkstat“, dem Statistikamt der Türkei

Am 28. und 29. April 2014 besuchte Präsident Roderich Egeler das türkische Statistikamt [Turkstat](#) in Ankara. Wichtigstes Ergebnis ist die Unterzeichnung einer bilateralen Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Ämtern durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, und dem Leiter von Turkstat, Birol Aydemir.



*Die deutsche Delegation mit dem türkischen Amtsleiter Birol Aydemir (5. v.l.) und den vier Vizepräsidenten von Turkstat.*

Das Statistische Bundesamt ist seit 12 Jahren einer der wichtigsten Partner der türkischen Kollegen auf internationaler Ebene. Das laufende USST3-Kooperationsprojekt (Upgrading the Statistical System of Turkey) ist bereits das dritte Großprojekt, in dem das Statistische Bundesamt die türkischen Partner durch den Einsatz von Kurzzeitexperten und die Betreuung von Studienbesuchen in Deutschland unterstützt. In den vergangenen Jahren betreuten deutsche Statistiker allein 47 Studienbesuche türkischer Kollegen und Kolleginnen in zahlreichen Fachbereichen.

Während des Besuches wurde der aktuelle Stand der gemeinsamen Zusammenarbeit diskutiert. Turkstat ist dabei nicht nur Empfänger von Unterstützungsleistungen, sondern stellt im laufenden KAZSTAT-Projekt mit dem kasachischen Statistikamt auch eigene Experten, die die kasachischen Kolleginnen und Kollegen beraten.

In den vergangenen Jahren hatten mehrfach Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Turkstat so genannte Traineeships im Statistischen Bundesamt absolviert. Um die Bedingungen für den zukünftigen Einsatz von Trainees weiter zu verbessern, unterzeichneten beide Amtsleiter eine gemeinsame Rahmenvereinbarung.

Auf der Tagesordnung stand außerdem ein Besuch im regionalen Statistikamt in der Stadt Nevşehir. Dort stellten die Kollegen auch das kurz vor der Fertigstellung stehende neue Trainingszentrum für das türkische Statistiksistem vor. In Zukunft sollen dort Trainingskurse für Statistiker und Statistikerinnen aus dem Zentralamt und den Regionalämtern durchgeführt werden. Dazu stehen moderne Tagungsräume und Unterkünfte zur Verfügung.



### Isländische Delegation zu Besuch in Wiesbaden



*Ólafur Hjálmarsson, Generaldirektor von Statistics Iceland, (links) mit Dieter Sarreither.*

Am 2. Mai 2014 besuchten anlässlich des 100-jährigen Bestehens des isländischen statistischen Amtes 51 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Amtes das Statistische Bundesamt. Vizepräsident Dieter Sarreither hieß alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen herzlich willkommen und sprach seinen Dank dafür aus, dass sie Deutschland als Reiseziel gewählt hatten.

Die Gäste erhielten eine Einführung in die Struktur und Aufgaben des Statistischen Bundesamts und des föderalen statistischen Systems sowie einen Rundgang durch das Statistische Bundesamt mit Besichtigung der Bibliothek.

Die isländische Delegation hielt Fachvorträge zu folgenden Themen:

- Einführung zu Statistics Iceland und dem statistischen System Islands,
- Vermögensstatistiken und
- Veränderung des Verbraucherverhaltens während der Finanzkrise.

Das Besuchsprogramm endete mit einem Umtrunk, bei dem fachliche und persönliche Gespräche geführt wurden.

### KAZSTAT-Projekt – Amtsleiter ziehen Zwischenbilanz



*Von links: Alikhan Smailov  
Roderich Egeler und  
Mustafa Dinc*

Im weltbankfinanzierten KAZSTAT-Kooperationsprojekt mit dem kasachischen Statistikamt ARKS fand am 8. April 2014 in Astana das zweite Planungstreffen auf Leitungsebene statt. Der Leiter des ARKS, Alikhan Smailov, begrüßte die Delegation aus dem Statistischen Bundesamt, die von Präsident Roderich Egeler angeführt wurde.

Die halbjährlichen Planungstreffen finden wechselnd in Kasachstan und Deutschland statt. Im Mittelpunkt steht die Diskussion der im Projekt erreichten Fortschritte. Zum jetzigen Zeitpunkt ist ein Drittel der bis Anfang 2017 zur Verfügung stehenden Projektlaufzeit absolviert. In diesem Zeitraum führten die Beteiligten insgesamt 125 Beratungseinsätze in Kasachstan, Deutschland und anderen Partnerländern durch.

Die Komponentenverantwortlichen im ARKS stellten jeweils den Stand der Umsetzung in ihren Arbeitsbereichen vor. Insgesamt hat das ARKS bislang sechs Methodendokumente überarbeitet. Die Fragebögen zu einer Reihe von Erhebungen wurden so angepasst, dass eine größere Übereinstimmung mit europäischen Standards erreicht wurde. Bis zum Ende des Projektes soll außerdem die Zahl der von den Unternehmen auszufüllenden Fragebögen um 16 %



reduziert werden. Zu den Bereichen mit der größten Zahl der absolvierten Beratungseinsätze gehören die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Preisstatistik und Sozialstatistiken.

Im Anschluss an das Planungstreffen hatte das ARKS zu einer Pressekonferenz eingeladen. In dieser erläuterten die beiden Amtsleiter Alikhan Smailov und Roderich Egeler sowie der Vertreter der Weltbank, Mustafa Dinc, den anwesenden Pressevertretern und Vertreterinnen die Arbeit im Projekt und die erzielten Fortschritte und stellten sich den Fragen der Journalisten und Journalistinnen. Die deutsche Botschaft in Astana veröffentlichte daraufhin eine [Meldung zum Besuch von Präsident Roderich Egeler](#).

Die Umsetzung der Beratungseinsätze im 2. Quartal 2014 begann in der Woche vom 31. März bis zum 4. April 2014 mit Themen zu Verdiensten und Arbeitskosten. Parallel dazu fanden in der Zeit vom 1. bis 7. April auf Arbeitsebene die halbjährlichen Planungsgespräche des Projektmanagements im Statistischen Bundesamt mit den jeweiligen Komponentenverantwortlichen im ARKS und der Weltbank statt.

### KAZSTAT-Projekt wird internationaler

Im vergangenen Jahr hatten Kolleginnen und Kollegen aus dem Statistischen Bundesamt insgesamt 18 Besuche kasachischer Delegationen betreut. 2014 liegt der Fokus stärker auf der Durchführung von Experteneinsätzen in Kasachstan. Daneben ist, aufgrund spezifischer Beratungswünsche der kasachischen Statistikamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, eine Reihe von neuen Studienbesuchen bei ausländischen Partnern vorgesehen.

In diesem Rahmen fand vom 19. bis 23. Mai 2014 ein Studienbesuch mit vier Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem kasachischen Statistikamt ARKS statt. Gastgeber waren sowohl die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) in Genf als auch das italienische Statistikamt (ISTAT) in Rom. Der Studienbesuch betraf thematisch den Bereich Genderstatistik, bei dem der Fokus auf der Erhebung zur häuslichen Gewalt gegenüber Frauen in Kasachstan lag.

Andres Vikat, Leiter der Fachabteilung Sozial- und Bevölkerungsstatistik, begleitete den ersten Teil des Programms in Genf für die UNECE federführend. Am Programm wirkte auch die Direktorin der Statistikabteilung, Lidia Bratanova, mit, die einen Einblick in die Arbeit einer internationalen Organisation im Bereich Genderstatistik gab sowie in die Zusammenstellung der vielfältigen Indikatoren, die für die Erhebung verwendet werden. Mit Henriette Jansen informierte außerdem eine niederländische Expertin im Hinblick auf eine anstehende landesweite Erhebung zur häuslichen Gewalt in Kasachstan über die praktische Umsetzung solcher Erhebungen. Dabei gab sie gezielte Empfehlungen zu der Anzahl der Befragten, der Gestaltung eines Trainings für Interviewerinnen und Interviewer, der Erstellung eines Fragebogens unter spezieller Berücksichtigung der Sensibilität des Themas sowie zu den Sicherheitsvorkehrungen, die dem Schutz der Befragenden dienen sollen.

Der zweite Teil des Programms fand in den Räumen von ISTAT in Rom statt und stand im Zeichen der Erfahrungswerte der italienischen Expertinnen und Experten aus den vergangenen Erhebungen zur häuslichen Gewalt gegen Frauen. Maria Giuseppina Muratore, Leiterin der Einheit Kriminalität, Justiz und Gewalt gegen Frauen ging, gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen, in ihren Ausführungen insbesondere auf die Arbeit mit den Auskunftgebenden ein.



Ein weiterer Studienbesuch mit einem externen Partner hatte bereits im April bei der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS GmbH) stattgefunden. Die GWS unterstützt das Statistische Bundesamt bei der Erstellung verschiedener Satellitenkonten in der VGR. Nach einem ersten Beratungseinsatz in Astana sind die kasachischen Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen der VGR und Tourismusstatistik vom 22. bis 25. April 2014 nach Osnabrück gereist, um die Beratungen zur Einführung eines Tourismus- und Gesundheitssatellitenkontos in Kasachstan fortzusetzen.

Wie auch bei früheren Studienbesuchen lobten die Fachexpertinnen und -experten die aktive Beteiligung und das starke thematische Interesse der kasachischen Delegation. Intensive Diskussionen und das Aufzeigen von Parallelen gaben hilfreiche Anregungen für die weitere Umsetzung in Kasachstan.

### Erstmaliger Besuch einer Delegation aus Taipeh



*Von links nach rechts: Christine Kühn (Praktikantin B 105), Simone Koll, Christine Kronz, Dr. Chinghua Tsai, Su-Ching Chan, Bernd Störtzbach, Hsun-Wen Wu, Jui-Kun Huang, Dr. Holger Heidrich-Riske, Annette Pfeiffer, Dr. Susanne Schnorr-Bäcker, Felix Rößger*

Am 5. Juni 2014 besuchten erstmalig hochrangige Repräsentantinnen der Statistischen Abteilung des taiwanesischen Innenministeriums das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Begleitet wurden sie von Jui-Kung Huang, Leiter der Taipeh-Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Frankfurt, und Dr. Chinghua Tsai.

Den Gästen wurde das Statistische Bundesamt und das System der amtlichen Statistik in Deutschland präsentiert. Auf Wunsch der taiwanesischen Delegation wurde auch die Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und Eurostat vorgestellt. Auf der Tagesordnung standen außerdem das Geographische Informationssystem und das Thema „Sterbetafeln“.

Auf ihrer Deutschlandreise besuchte die Delegation ebenfalls das Deutsche Zentrum für Altersfragen und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin sowie das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden.



### ESS-Validierungs-Arbeitsgruppe informiert sich in Wiesbaden

Die Standardisierung der Daten-Plausibilisierung gewinnt auch auf europäischer Ebene an Fahrt. Als eines von mehreren Projekten zur Reform der europäischen Statistikproduktion arbeiten Kolleginnen und Kollegen von Eurostat und einzelnen Mitgliedsländern an der Spezifikation einer Plausibilisierungssprache, der Vereinheitlichung von Metadatenformaten und speziellen Werkzeugen zur Plausibilisierung im „ESS.VIP Project on Data Validation“.

Zur zweiten Sitzung einer hierfür gegründeten Arbeitsgruppe (Task Force) lud das Statistische Bundesamt am 21. Mai 2014 nach Wiesbaden ein, um über die eigenen Ansätze zu informieren. Dabei zeigten sich die Gäste aus den statistischen Ämtern beeindruckt von den Standardisierungsfortschritten in der Bundesstatistik. Im Einzelnen wurden der PL-Editor und die PL-Ablaufumgebung, die Erhebungsdatenbank und weitere Werkzeuge aus dem SteP-Werkzeugkasten vorgestellt und auf Eignung (konzeptionell bzw. angepasst) für die europäischen Überlegungen geprüft.

### Workshop zur Diskussion über das Global Activity Limitation Instrument (GALI) in Bonn

Am 27. Juni 2014 veranstaltete das Statistische Bundesamt als nationaler Koordinator europäischer Statistikangelegenheiten in Zusammenarbeit mit Eurostat einen „Workshop for discussion of the Global Activity Limitation Instrument (GALI)“. GALI wurde als europäischer Standard entwickelt, um langandauernde Aktivitätseinschränkungen der Menschen zu erheben. GALI ist in die Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und in den European Health Interview Survey (EHIS) integriert.

An dem Workshop in der Zweigstelle Bonn nahmen 21 Fachleute der Europäischen Kommission teil, darunter Eurostat, sowie die Generaldirektionen „Beschäftigung, Soziales und Integration“, „Gesundheit“ und „Verbraucher“. Außerdem waren vertreten: Bundesministerium für Gesundheit und für Arbeit und Soziales, das Robert Koch-Institut (RKI) und das Statistische Bundesamt selbst. Der Workshop fand in englischer Sprache statt.

Den Angaben zu GALI kommt eine herausgehobene Bedeutung zu: Sie sind neben demografischen Angaben Grundlage für die Berechnung der sogenannten gesunden Lebensjahre (Healthy Life Years). Dieser Indikator wurde entwickelt, um der Frage nachzugehen, ob eine höhere Lebenserwartung mit zunehmend guter Gesundheit oder schlechter Gesundheit einhergeht. Auf diese Weise wird die Lebensquantität um eine Dimension Lebensqualität erweitert. Die Healthy Life Years haben Eingang in wichtige Indikatorensets gefunden, wie etwa die „Sustainable Development Indicators“, die „European Community Health Indicators“ und die „Open Method of Coordination on Social Inclusion and Social Protection“.

Die deutsche Übersetzung der GALI-Frage in EU-SILC wurde zuletzt im Jahr 2008 angepasst, weicht aufgrund ihres komplexen Konzepts aber weiterhin von der von Eurostat empfohlenen Modellfrage ab. Der Workshop am 27. Juni 2014 diente dazu, sich über aktuelle Entwicklungen einer verbesserten Implementierung von GALI zu informieren und Möglichkeiten für eine größere Akzeptanz und Nutzung von GALI zu beraten. Das RKI hat erste Ergebnisse einer Studie vorgestellt, in der es verschiedene Übersetzungen der GALI-Frage getestet hat.

Die Ergebnisse des erfolgreichen Workshops dienen dem Statistischen Bundesamt und dem RKI dazu, mögliche Änderungen der deutschen GALI-Frage mit dem Ziel zu beraten, GALI in EU-SILC und im EHIS auch weiterhin zu harmonisieren. Die Ergebnisse dienen Eurostat als wichtige Grundlage zur Vorbereitung einer Arbeitsgruppe (Task Force) GALI im September 2014, die mögliche weitere Verbesserungen für das Konzept und die Methodik von GALI abschließend beraten soll. Auf EU-Ebene werden die beiden Stellen in der Task Force mitwirken.

### Amtsleiterkonferenz in Kamenz

Die Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Amtsleiterkonferenz, ALK) behandelte in ihrer Tagung am 1. Juli 2014 schwerpunktmäßig die strategischen Handlungsfelder des statistischen Verbundes und europäische Entwicklungen sowie die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken (Projekt WSH). Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe (Heft 3/2014).

### Jahresbericht 2013 erschienen



Der neue [Jahresbericht](#) steht im Zeichen der Servicestelle des Statistischen Bundesamtes in der Hauptstadt. Eine wichtige Zielgruppe des Jahresberichts sind die politischen Entscheidungsträger in Berlin. Da sich die Zusammensetzung des Bundestages und des Mitarbeiterstabs der Abgeordneten nach der letzten Bundestagswahl geändert hat, stellt der Jahresbericht diesmal den „i-Punkt“ und seine Serviceangebote in den Vordergrund.

Der Weg vom neuen Wahlgesetz bis zum amtlichen Endergebnis im September 2013 war ein Projekt, das den Bundeswahlleiter und sein Team im letzten Jahr stark gefordert hat. Prof. Friedrich Pukelsheim, der das neue Wahlrecht als Sachverständiger des Bundestages mitgestaltet hat, ist Gesprächspartner zu diesem Thema. Das Thema Wohnen wird mit einem Blick hinter die Kulissen der Gebäude- und Wohnungszählung im Zusammenhang mit dem Zensus 2011 beleuchtet. Dazu passend ein Interview mit Dr. Henning Scherf, der sich schon lange damit beschäftigt, wie sich der demografische Wandel auf das Wohnen auswirkt. Im Interview spricht er darüber, wie er seine Ideen in die Praxis umgesetzt hat und über seine Berührungspunkte zur amtlichen Statistik.

### Länderprofile für Frankreich und Italien 2014



Länderprofile erscheinen im Rahmen der Veröffentlichungsreihe zu den G20-Staaten. Die G20 ist ein Zusammenschluss von 19 führenden Industrie- und Schwellenländern und der Europäischen Union. Die G20 repräsentiert rund zwei Drittel der Weltbevölkerung, 75% des weltweiten Handels und erbringt rund 85% der globalen Wirtschaftsleistung.

Zu ausgewählten Ländern werden auf jeweils sieben Seiten umfangreiches Datenmaterial sowie Farbdigramme zu zahlreichen Themengebieten geboten mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsdaten, aber auch Bevölkerung, Soziales, Infrastruktur und Umwelt. Die aktuellen Länderprofile für Frankreich und Italien sowie weitere statistische Länderprofile zu den G20-Staaten sind auf der [Internetseite](#) des Statistischen Bundesamtes abrufbar.

### „Im Fokus“-Artikel bleiben zugänglich

Die Rubrik „Im Fokus“ auf der Webseite [www.destatis.de](http://www.destatis.de) greift aktuelle Themen auf und liefert dazu amtliche Daten. Seit Ende April 2014 werden ältere Beiträge nicht mehr überschrieben, sondern bleiben in einem Archiv zugänglich.

Abrufen lassen sich die „Im Fokus“-Meldungen auf der Startseite und den Themenseiten, die jeweils einen Link zu diesem Archiv enthalten. Dort sind alle Meldungen mit einem Datum versehen und können nach Themenbereichen gegliedert und chronologisch sortiert abgerufen werden.



## Mehr Qualitätsmanagement bei den Staatsfinanzdaten wegen Relevanz für Verfahren bei übermäßigem Defizit (VÜD)

Die europäische Kontrolle der nationalen Staatsfinanzdaten für Zwecke des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist inzwischen auf vorgelagerte Bereiche ausgeweitet worden, um im Rahmen eines präventiven Konzepts die gesamte Produktionskette der VÜD-Daten überprüfen zu können. Dazu führte Eurostat in Deutschland erstmals im Jahr 2013 Kontrollbesuche, sog. Upstream Dialogue Visits, bei den Statistischen Landesämtern in Hessen (im Juni 2013) und Berlin-Brandenburg (im Oktober 2013) durch, in die auch Ministerien, Rechnungshöfe und verschiedene kommunale Stellen einbezogen wurden. Inzwischen liegt der Ergebnisbericht mit 17 Handlungsaufträgen, sog. Aktionspunkten, vor. Der Bericht ist auf der Eurostat-Website veröffentlicht. Zu den einzelnen Aktionspunkten sind an Eurostat zeitlich gestaffelt in 2014 Stellungnahmen bzw. Fortschrittsberichte zu übermitteln. Eine eigens eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe „Qualitätssicherung Staatsfinanzdaten“ bearbeitet die Aktionspunkte, die sowohl die Bundes- als auch die Länderebene betreffen.

Neben den Upstream Data Dialogue fand im Februar 2014 zusätzlich ein sog. Standard Dialogue Visit im Statistischen Bundesamt statt, der weitere 18 Aktionspunkte hervorbrachte. Bei Standardbesuchen wird insbesondere geprüft, ob die gemeldeten Daten zu Defizit und Schuldenstand des Staates den Buchungsregeln des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) entsprechen.

Insgesamt nimmt der Aufwand zur Dokumentation von Methoden, Verfahren und Prozessen laufend zu.

## Modellrechnung „Integrierte kommunale Schulden“

Mit der Veröffentlichung „Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände“ und dem dazugehörigen Tabellenband legen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstmals Daten zur Verschuldung der Kommunen vor, welche die kommunalen Verbindlichkeiten berücksichtigen, die nicht aus den Kern- und Extrahaushalten hervorgehen. Diese Verbindlichkeiten betreffen sonstige öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (etwa Eigenbetriebe, Zweckverbände oder kommunale Betriebe in privater Rechtsform).

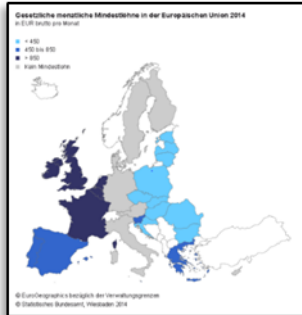
Dem in der 61. Tagung des Statistischen Beirats vorgestellten Verfahren hat eine Jury aus Mitgliedern des Statistischen Beirats den zweiten Platz zum Innovationspreis des Statistischen Bundesamtes zuerkannt.

Die Ergebnisse sind nun zugänglich über [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

Im Gegensatz zum Nachweis in den Standardpublikationen der Finanzstatistiken des Statistischen Bundesamtes werden in dieser Veröffentlichung den Schulden der kommunalen Kernhaushalte nicht nur die der Extrahaushalte zugerechnet, sondern auch *anteilig, entsprechend den Beteiligungsverhältnissen*, die aller ausgegliederten öffentlich bestimmten Einheiten. Damit findet die Verlagerung von öffentlichen Aufgaben auf alle Einheiten außerhalb der Kernhaushalte ihre statistische Abbildung; aussagekräftige Vergleiche der Verschuldung auf Gemeindeebene sind nunmehr möglich.



## EU-Mindestlöhne: Mindestlohn in Luxemburg elfmal höher als in Bulgarien



In 21 der 28 EU-Staaten galt zum [Stand Februar 2014](#) ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn. Die Spannweite war allerdings groß: So verzeichneten die östlichen, ehemals sozialistischen, EU-Staaten sehr niedrige Mindestlöhne von weniger als 450 Euro brutto im Monat. Das Schlusslicht bildete Bulgarien mit 174 Euro. Eine Ausnahme in dieser Ländergruppe war Slowenien, das mit einem monatlichen Mindestlohn von 789 Euro selbst die südeuropäischen Länder Portugal (566 Euro), Griechenland (684 Euro, Daten für 2013), Malta (718 Euro) und Spanien (753 Euro) übertraf. In Westeuropa galten deutlich höhere Mindestlöhne, die die Grenze von 1 000 Euro monatlich überschritten. Dazu zählten unter anderem das Vereinigte Königreich (1 217 Euro) und Frankreich (1 445 Euro). EU-weiter Spitzenreiter war Luxemburg: Dort galt 2014 ein gesetzlicher monatlicher Mindestlohn von 1 921 Euro. Das entsprach ungefähr dem 11-fachen des bulgarischen Mindestlohnes.

Das unterschiedliche Lohnniveau spiegelt die wirtschaftlichen Leistungskraft und die Lebenshaltungskosten in den EU-Staaten wider. Die Höhe des Mindestlohns ist aber auch eine politische Entscheidung: So betrug zum Beispiel der Mindestlohn in der Tschechischen Republik 2012 rund 32 % des durchschnittlichen Bruttoverdienstes der Arbeitnehmer in der Industrie und im Dienstleistungssektor, in Slowenien waren es hingegen 50 %

In [Deutschland](#) gibt es bislang keinen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, ebenso wie in Dänemark, Finnland, Italien, Österreich, Schweden und Zypern.

## Überschuldung ist mehr als ein soziales Randphänomen



STATmagazin

Arbeitslosigkeit, Trennung, Krankheit, übermäßiger Konsum – die Gründe für private Überschuldung sind schnell aufgezählt. Jährlich beantragen rund 100 000 Verbraucher und Verbraucherinnen ein Insolvenzverfahren.

Hinzu kommt noch eine unbekannte Zahl von Menschen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, aber noch nicht den Gang zum Gericht antreten muss.

Das neue [STATmagazin](#) (unter [destatis.de](#) > Publikationen > STATmagazin) zeigt, welcher Personenkreis besonders von Überschuldung betroffen ist, bei welchen Gläubigern diese Menschen Schulden haben und welche Gründe für die finanzielle Schieflage bestimmter Altersgruppen typisch sind.



## Implementierung neuer internationaler Konzepte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die neue VGR-Methodik nach dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG 2010)“ wird im Verlauf des Jahres 2014 in allen Mitgliedstaaten der EU implementiert. Die wichtigste konzeptionelle Änderung ist, dass nunmehr die Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Produktion und Investition behandelt werden. Neben den konzeptionellen Änderungen werden im Rahmen einer Generalrevision der VGR (major revision) in der Regel auch weitere datenbedingte Änderungen vorgenommen. Die neuen Konzepte werden wichtige volkswirtschaftliche Kennzahlen verändern und z. B. auch zu einer Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts führen. Die Generalrevision wird sich allerdings über den gesamten Zeitraum ab 1991 und die komplette Merkmalspalette der VGR erstrecken, sodass es keine Brüche in den Zeitreihen geben wird. Insbesondere dürfte es nicht zu einer grundlegend geänderten Darstellung des Konjunkturverlaufs kommen. Rechtliche Grundlage ist die Verordnung (EU) Nr. 549/2013 vom 21. Mai 2013. Anhang A dieser Verordnung bestimmt die ESVG-Methodik und Anhang B das ESVG-Lieferprogramm. Das Statistische Bundesamt wird erstmals am 14. August 2014 im Rahmen seiner Schnellmeldung das Bruttoinlandsprodukt nach dem ESVG 2010 veröffentlichen; Detailangaben werden am 1. September 2014 veröffentlicht.

### 48. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die 48. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL) fand vom 7. bis 8. Mai 2014 in Stuttgart statt.

Schwerpunktmäßig befasste sich der Arbeitskreis mit der Umsetzung der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014, die der europaweiten Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) dient (siehe vorangegangener Artikel). Die bedeutendsten Änderungen im ESVG 2010 betreffen die Verbuchung von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie für militärische Waffen als Investitionen. Darüber hinaus diskutierte der Arbeitskreis weitere Revisionspunkte auf Länderebene und verständigte sich über die methodische Umsetzung des ESVG-Lieferprogramms, wonach NUTS 2/3-Ergebnisse bereits Ende 2014 nach neuem ESVG an Eurostat zu liefern sind.

Ebenfalls von zentraler Bedeutung waren die Erkenntnisse der AG „WZ-Kennung“, die sich mit der Problematik unterschiedlicher WZ-Kennungen in Basisstatistiken und deren Auswirkungen auf die Gesamtrechnungssysteme der Erwerbstätigenrechnung (ETR) und VGR befasst. Seitens der Federführung dieser Arbeitsgruppe wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe präsentiert und Lösungsvorschläge aufgezeigt.

Die 49. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ausgerichtet. Sie wird vom 5. bis 6. November 2014 in München stattfinden.

## Preisniveau in Deutschland knapp über dem EU-Durchschnitt

Das Preisniveau für die privaten Konsumausgaben in Deutschland lag im Jahr 2013 um 1,5 % über dem Durchschnitt der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, war das Preisniveau in den meisten direkten Nachbarländern Deutschlands höher. Wie schon in den vergangenen Jahren lag es lediglich in Polen und der Tschechischen Republik niedriger.

Innerhalb der EU war das Preisniveau in Dänemark mit einem Abstand von + 39,6 % zum Durchschnitt aller 28 Mitgliedstaaten am höchsten, gefolgt von den anderen skandinavischen Ländern Schweden (+ 29,8 %) und Finnland (+ 23,5 %). Am günstigsten innerhalb der EU war es in Bulgarien: Hier mussten die Verbraucher und Verbraucherinnen für den Erwerb eines repräsentativen Warenkorbs weniger als halb so viel zahlen wie im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten (– 51,6 %).

Bei den europäischen Ländern außerhalb der EU mussten die Verbraucher nur in der Schweiz (+ 55,9 %) und in Norwegen (+ 54,9 %) noch tiefer in die Tasche greifen als in Dänemark. Am unteren Ende lagen Albanien (– 49,2 %) und Mazedonien (– 53,3 %) auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie Bulgarien.

Diese Angaben basieren auf vorläufigen Ergebnissen zu Kaufkraftparitäten und vergleichenden Preisniveaus, die das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) am 19. Juni 2014 veröffentlicht hat.

Weitere Ergebnisse und Informationen finden sich unter: [ec.europa.eu/eurostat](http://ec.europa.eu/eurostat).

Bei Fragen zu den Statistiken von Eurostat hilft der [Europäische Datenservice \(EDS\)](#).

## Schulen auf einen Blick



Die [Broschüre](#) (kostenloser Download unter [destatis.de](http://destatis.de) > Publikationen > Bildung, Forschung, Kultur) gibt einen Überblick über die wichtigsten nationalen Kennzahlen allgemeinbildender Schulen in Deutschland. Beginnend mit der Einschulung enthält sie Kennzahlen zur Schulzeit und zum Schulerfolg.

Im Fokus der zweiten Ausgabe dieser Veröffentlichung stehen Ergebnisse aus dem Schuljahr 2012/2013 sowie der Zehnjahresvergleich zu Ergebnissen aus dem Schuljahr 2002/2003.

Erstmals wird neben der PDF-Version auch ein barrierefreies ePUB-Format (eBook) für Tablets und Smartphones angeboten.



## Statistisches Bundesamt auf dem Kinder- und Jugendhilfetag

Vom 3. bis 5. Juni 2014 präsentierte sich das Statistische Bundesamt mit seinem umfangreichen Daten- und Informationsangebot auf dem Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) in Berlin. Bei dieser Messe informierten über 350 Aussteller und Ausstellerinnen über Themen wie außerschulische Bildung, Ausbildungsmöglichkeiten, Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, frühkindliche Bildung, Inklusion, Jugendbeteiligung, Kindertagesstätten.

Das Statistische Bundesamt stellte sein Informationsangebot vor allem aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfestatistik vor. Kompetente Auskünfte hierzu gab das zuständige Statistikreferat. Dieses Angebot wurde von den Besucherinnen und Besuchern, die im engeren und weiteren Sinn dem Tätigkeitsfeld rund um die Kinder- und Jugendhilfe zuzuordnen waren, rege in Anspruch genommen.

Zeitgleich zur Messe fand ein Fachkongress mit über 200 Veranstaltungen zu neuen jugendpolitischen Konzepten und aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe statt. Unter dem Titel „Kinder- und Jugendhilfe in alter und neuer Verantwortung – Hinweise aus der Statistik auf die Reichweite und die Vielfalt der Angebote“ stellten Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes zusammen mit Dr. Matthias Schilling und Dr. Jens Pothmann (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Universität Dortmund) das Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfestatistiken vor.

Die Präsentation schuf Bezüge zu aktuellen Debatten wie etwa dem Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige, den Kinderschutz und die Angebote der erzieherischen Hilfen. Anschließend entwickelte sich mit dem zahlreichen Publikum eine rege Fachdiskussion, die auch am Messestand fortgeführt wurde.

## Info-Veranstaltung zur Neukonzeption der Grundsicherungsstatistik

Am 16. Juni 2014 veranstaltete das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf eine Informationsveranstaltung zur Neukonzeption der Grundsicherungsstatistik nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII).

Die Veranstaltung diente der Fortsetzung des Dialogs mit den Berichtsstellen und Softwareanbietern sowie der weiteren Information der nordrhein-westfälischen Berichtsstellen (Kreise, Städte, Gemeinden) über die ab dem 1. Berichtsquartal 2015 anstehenden fachlichen und technisch-organisatorischen Änderungen in der Grundsicherungsstatistik. Ab diesem Zeitpunkt wird die Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von einer dezentralen Jahresstatistik auf eine vollelektronische, zentrale Quartalsstatistik mit einem erweiterten Merkmalskatalog umgestellt.

An der Informationsveranstaltung nahm rund ein Fünftel der 420 Berichtsstellen in Nordrhein-Westfalen teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten eine Vielzahl von fachlichen und technisch-organisatorischen Fragen, die die Vortragenden ausführlich beantworteten. Insbesondere zum erweiterten Katalog der Erhebungsmerkmale und zu eSTATISTK.core haben die Berichtsstellen nach wie vor einen erhöhten Informationsbedarf.

Das Statistische Bundesamt wird in Zusammenarbeit mit den obersten Landessozialbehörden bundesweit noch 14 solcher Informationsveranstaltungen anbieten.

## **Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ mit wissenschaftlicher Tagung „Selbstständig erwerbstätig – jenseits des Arbeitnehmerdaseins“**

Am 20. Mai 2014 hat der Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ in Wiesbaden getagt. Parallel dazu traf sich am 20. und 21. Mai 2014 auf Einladung des Fachausschusses ein großer Kreis von Experten und Expertinnen aus der Arbeitsmarktforschung, der amtlichen Statistik und der Arbeitsmarktpolitik zur wissenschaftlichen Tagung „Selbstständig erwerbstätig – jenseits des Arbeitnehmerdaseins“.



*Blick in die Tagung „Selbstständig erwerbstätig – jenseits des Arbeitnehmerdaseins“ im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.*

In der eigentlichen Fachausschuss-Sitzung berichtete das Statistische Bundesamt über allgemeine Entwicklungen seiner Aktivitäten mit Bezug auf den Arbeitsmarkt. So wurde unter anderem das Projekt zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken (WSH) vorgestellt, das durch die Veränderungen in Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktberichterstattung zur Folge haben wird. Der Fachausschuss begrüßte die Initiativen zur Novellierung des Mikrozensusgesetzes wie auch der LFS-Verordnung der EU und das übergreifende Projekt WSH der statistischen Ämter.

Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Fachausschusses auch über den Zensus 2011 und die enthaltenen arbeitsmarktbezogenen Ergebnisse informiert. Einen zweiten Schwerpunkt der Sitzung bildete die anstehende Revision der Erwerbstätigenrechnung, zu der ein Überblick aus Bundes- und Ländersicht gegeben wurde. Die umfassende Information der Mitglieder des Fachausschusses wurde abgerundet durch eine Präsentation zu den aktuellen Entwicklungen in der Arbeitsmarktstatistik auf internationaler Ebene sowie in arbeitsmarktrelevanten Fachstatistiken, wie der Verdienst- und Personalstandstatistik.

In der abschließenden Teilnehmerbefragung geben die Teilnehmenden ein positives Feedback. Fast 95% waren mit der Bandbreite der angebotenen Informationen zufrieden. Den bisherigen zwei- bis dreijährigen Rhythmus der Fachausschusssitzungen erachtet eine breite Mehrheit für „gerade richtig“.

Der wissenschaftlichen Tagung war ein öffentlicher „Call for Papers“ vorausgegangen, der auf ein reges Interesse stieß. Angeregt durch zwölf Vorträge externer und interner Referenten gingen rund 90 Teilnehmende aus Wissenschaft und Politik, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, Bund, Ländern und Eurostat in der Veranstaltung der Frage nach, wie die Entwicklung der Selbstständigkeit einzuschätzen ist und welche Schlussfolgerungen die Befunde nahe legen.



*Rudolf Janke, Leiter der Gruppe „Arbeitsmarkt“ und Irmtraud Beuerlein, Leiterin der Abteilung „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise“*

Die Vielfältigkeit des Themas zeigte sich in dem breiten Spektrum der Beiträge, die sich

den unterschiedlichsten Fragen widmeten. Neben den Entwicklung und den Perspektiven selbstständiger Erwerbstätigkeit, beschäftigte sich eine Reihe von Beiträgen mit der sozialen Lage der Selbstständigen. Dabei standen insbesondere das Einkommen und die soziale Absicherung im Vordergrund. In einem weiteren Schwerpunkt der Tagung wurden Selbstständige als Unternehmens- und Existenzgründer betrachtet. Die Referenten stellten dabei interessante Erkenntnisse sowohl über die Motivation als auch zum Beitrag der Selbstständigen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor.

Neben den empirischen Befunden zu den aktuellen Entwicklungen wurden in einer lebhaften Diskussion auch die künftigen Anforderungen an die amtliche Statistik diskutiert. Es wurde deutlich, dass es „den Selbstständigen“ klassischer Prägung nicht (mehr) gibt und dass in der Weiterentwicklung der statistischen Erfassung der unterschiedlichen Facetten des Themas „Selbstständigkeit“ eine wichtige Aufgabe der amtlichen Statistik in diesem Bereich besteht. Insgesamt wurde quer durch alle Beiträge auch deutlich, welche Bedeutung die Statistik zur Untersuchung und zum Nachweis von Entwicklungen und Zusammenhängen verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Größen hat.

Die wissenschaftliche Tagung fand zum zweiten Mal auf Einladung des Fachausschusses „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ statt. Die Teilnehmerbefragung der Mitglieder des Fachausschusses zeigt, dass diese Form des fachlichen Austauschs sehr positiv gesehen wird. Rund 70 % der Fachausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, die wissenschaftliche Tagung auch künftig in Kombination mit einer Sitzung des Fachausschusses auszurichten.

Das Programmheft der Veranstaltung sowie die von den Vortragenden gezeigten Präsentationen stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) zum Download zur Verfügung.



## Gesundheitsausgaben 2012 übersteigen 300 Milliarden Euro

Die Ausgaben für Gesundheit überstiegen in Deutschland im Jahr 2012 erstmals die Marke von 300 Milliarden Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes anlässlich des Weltgesundheitstages, waren sie mit einem Wert von 300,4 Milliarden Euro um 6,9 Milliarden Euro (+ 2,3 %) höher als 2011. Auf jeden Einwohner entfielen gut 3 740 Euro (2011: 3 660 Euro).

Die Gesundheitsausgaben betrugen 11,3 % des Bruttoinlandsproduktes. In den Vorjahren lag dieser Wert bei 11,2 % (2011) beziehungsweise 11,6 % (2010). Der leichte Anstieg gegenüber 2011 ist auf das geringere Wachstum der Wirtschaftsleistung und den höheren Anstieg der Gesundheitsausgaben zurückzuführen.

Die Ergebnisse folgen dem Konzept des „System of Health Accounts“, welches von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit von Gesundheitsausgaben empfohlen wird. Gemäß den dort enthaltenen Definitionen umfassen die Gesundheitsausgaben sämtliche Güter und Leistungen mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege, die Kosten der Verwaltung sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Aufwendungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen sowie Ausgaben für krankheitsbedingte Folgen (zum Beispiel Leistungen zur Eingliederungshilfe) und Einkommensleistungen, wie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, sind darin nicht enthalten. Begründet durch diese Abgrenzung weichen die Gesundheitsausgaben in der Gesundheitsausgabenrechnung von den Ausgaben der einzelnen Sozialversicherungsträger, insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung, ab.

Detaillierte Daten und lange Zeitreihen zu den Gesundheitsausgaben sind über die Tabellen zur [Gesundheitsausgabenrechnung \(23611\)](#) in der Datenbank GENESIS-Online abrufbar. Viele weitere gesundheitsbezogene Daten und [Tabellen zu den Gesundheitsausgaben](#) mit tieferen Gliederungen finden sich auch im [Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes](#).

## Impulsvortrag zur Tarifbindung auf der Geschäftsführerkonferenz der BDA

Das Statistische Bundesamt war am 10. und 11. Juni 2014 zu Gast auf der Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Bremerhaven. Die jährliche Konferenz ist nach Verbandsangaben mit ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine der wichtigsten Veranstaltungen der BDA und dient dem Gedankenaustausch der Geschäftsführungen der deutschen Arbeitgeberverbände zu wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Themen.

Ein Schwerpunkt in diesem Jahr war das Thema Tarifbindung. Die dazu veranstaltete Podiumsdiskussion wurde mit dem Impulsvortrag „Tarifbindung in Deutschland – Ein Blick auf die Arbeitnehmer“ durch das Statistische Bundesamt eröffnet. Die dort präsentierten Ergebnisse stützen sich auf Daten der Verdienststrukturerhebung 2010 (VSE 2010) und der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (VVE).

Weiterhin wurde der gesetzliche Mindestlohn diskutiert. Da sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als auch die BDA eine Anpassung des Mindestlohns anhand unseres Tarifindex fordern, war auch hier die Expertise des Statistischen Bundesamtes gefragt. Die BDA verfolgt mit der Koppelung des Mindestlohns an den Tarifindex das Ziel, eine (freie) Anpassung des Mindestlohns durch eine paritätisch besetzte Kommission zu verhindern, da dies einer bindenden Vorgabe für nachfolgende Tarifverhandlungen gleichkommen könnte.

Die Sitzung war ein sehr wichtiger Schritt zu einer weiteren Verbreitung unserer Ergebnisse und verdeutlicht, dass das Statistische Bundesamt beim Thema Tarifstatistiken als wichtiger Ansprechpartner anerkannt wird. Das gilt sowohl für den bisherigen Bereich der Tarifverdienststatistiken als auch für den neuen Bereich der Tarifbindung, dessen Ergebnisse vor einem Jahr erstmalig veröffentlicht wurden.

## Indikatorenbericht 2014 zur nachhaltigen Entwicklung vorgelegt



Nachhaltigkeitspolitik ist langfristig und soll vom politischen Tagesgeschäft unabhängig sein. Es besteht also ein hohes Interesse an Kontinuität. Die nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung in Deutschland besteht seit nunmehr zwölf Jahren.

Mit dem [Indikatorenbericht 2014](#) legt das Statistische Bundesamt seinen fünften Bericht zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren vor.

Der Bericht zeigt anhand von 21 Indikatoren, ob die gesteckten Ziele erreicht wurden oder wie die Chancen dafür sind. Im Fokus stehen die Anliegen der Nachhaltigkeitspolitik: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung. Die Publikation steht zum Download bereit unter: [destatis.de](http://destatis.de) > Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Umwelt > Umwelt-ökonomische Gesamtrechnungen.

### Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder das Kontaktformular [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

### Statistischer Beirat

Sven Zöller (Bundesverband der Freien Berufe) wurde als Nachfolger von Dipl.-Volkswirt Marcus Kuhlmann als Vertreter der Gewerblichen Wirtschaft und Arbeitgeberverbände in den Statistischen Beirat berufen.

### Statistisches Bundesamt

Daniel Seeger wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats D 304 „Zwischenörtliche Preisvergleiche, Parteienindex“ beauftragt.

Oberregierungsrat Jörg Decker, bisher Leiter des Referats E 108 „Verdienste in der Landwirtschaft, Tarifstatistiken“, leitet nun das Referat E 207 „Energie, Ver- und Entsorgungswirtschaft“.

Oberregierungsrat Jens Dechent, bisher Leiter des Referats E 204 „Produktion der Industrie; Europäische "PRODCOM"-Statistik; Fachstatistiken“, leitet nun das Referat E 206 „Baugewerbe, Bautätigkeit“.

Oberregierungsrat Dr. Hartmut Höh, bisher Leiter des Referats E 206 „Baugewerbe, Bautätigkeit“, leitet nun das Referat E 204 „Produktion der Industrie; Europäische "PRODCOM"-Statistik; Fachstatistiken“.

Regierungsdirektor Wolfgang Riege-Wcislo, bisher Leiter des Referats F 102 „Sonderbereiche, Zensuskommission, Projektcontrolling“, leitet nun das Referat F 305 „Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“.

### Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zum 9. Mai 2014 wurde Dr. Richard Kössler, Referatsleiter in Referat 43 „Unternehmensregister, Tourismus und Verkehr, Außenhandel“ zusätzlich die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters der Abteilung 4 „Gewerbliche Wirtschaft“ übertragen.

### Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Mit Wirkung vom 1. Juli 2014 ist Regierungsdirektor Reinhard Jonas auch für die Bevölkerungsstatistik verantwortlich.

### Hessisches Statistisches Landesamt

Regierungsrat Volker Sekulla wurde am 1. März 2014 von der Hessischen Staatskanzlei zum Hessischen Statistischen Landesamt als Referent für das Referat C „Organisation, Innere Dienste, Digitale Medienproduktion“ innerhalb der Abteilung Z „Zentralabteilung“ versetzt.

Thomas Drieß wurde am 1. Mai 2014 von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung der Staatskanzlei zum Hessischen Statistischen Landesamt als Leiter der Abteilung I „Informationstechnologien“ versetzt.

## Tagungskalender

---

April bis Dezember 2014

Termin	Ort	
2./3. April	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
2./3. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
8./9. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
9./10. April	Ludwigs- lust	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
9./10. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
24. April	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
29. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
6./7. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
6.–8. Mai	Saar- brücken	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
7./8. Mai	Wiesbaden	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
7./8. Mai	Stuttgart	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
12./13. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
13./14. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
13./14. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
14./15. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
20. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
20./21. Mai	Wiesbaden	Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
20.–22. Mai	Bonn	Referentenbesprechungen „Sozialhilfestatistik“ und „Wohngeldstatistik“

## Tagungskalender

---

April bis Dezember 2014

Termin	Ort	
4./5. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
11./12. Juni	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
17./18. Juni	Köln	Arbeitskreis „Informationstechnik“
24./25. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
25. Juni	Wiesbaden	Statistischer Beirat
1. Juli	Kamenz	Amtsleiterkonferenz
2. Juli	Kamenz	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
2./3. Juli	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
15./16. September	Hannover	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
16.–19. September	Hannover	Statistische Woche
22./23. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
23.–25. September	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
7./8. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
8. Oktober	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
14./15. Oktober	Erfurt	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistik“
15./16. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
20./21. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
21./22. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“

## Tagungskalender

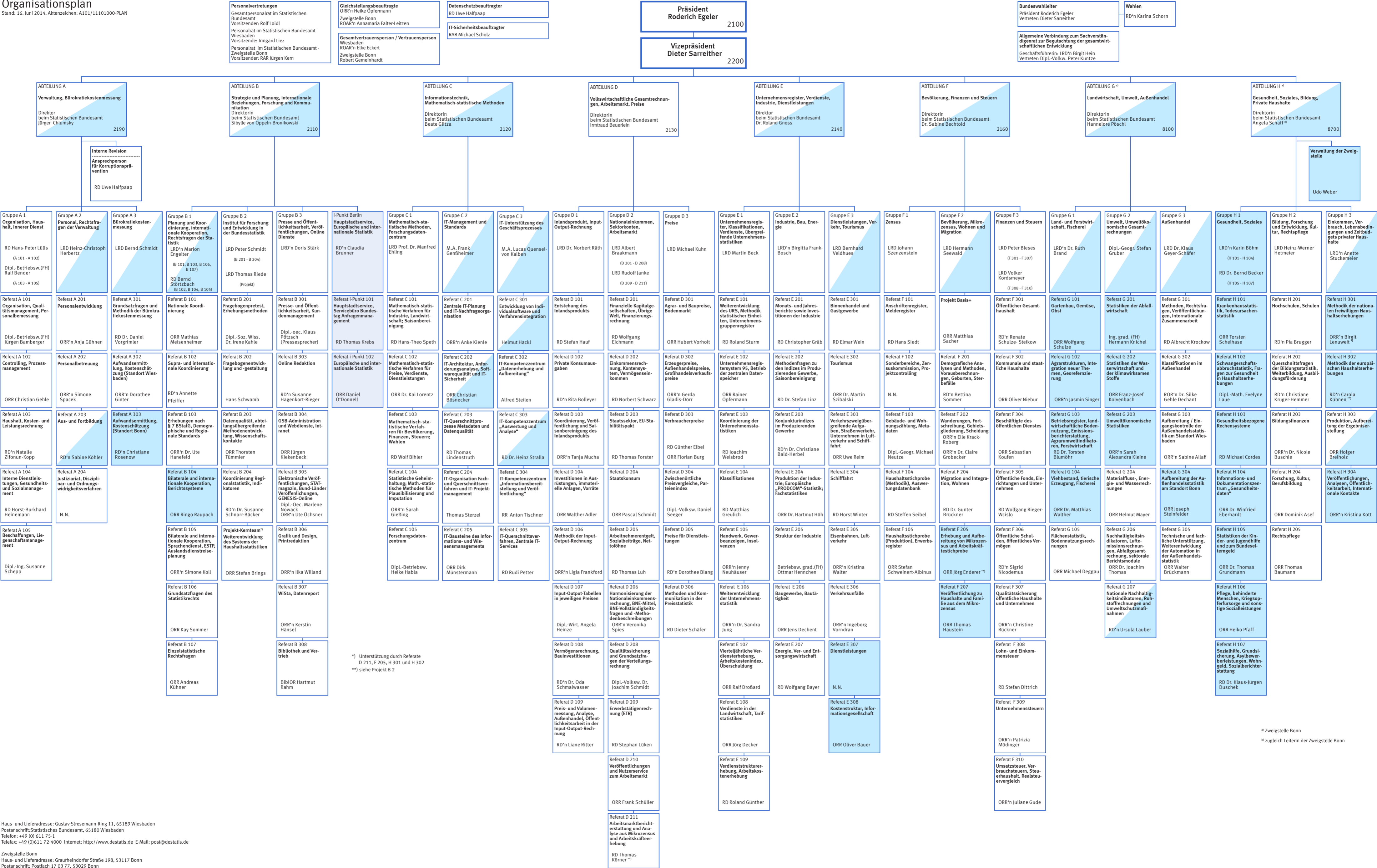
---

April bis Dezember 2014

Termin	Ort	
22./23. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
29./30. Oktober	Wiesbaden	Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
28.–30. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
4./5. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
4./5. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
4./5. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
5./6. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
5./6. November	München	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
6. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
11./12. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
11./12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
12./13. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
25./26. November	Berlin	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
2./3. Dezember	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
3./4. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“

Organisationsplan

Stand: 16. Juni 2014, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden  
Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden  
Telefon: +49 (0) 611 75-1  
Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: [post@destatis.de](mailto:post@destatis.de)

Zweigstelle Bonn  
Haus- und Lieferadresse: Grauherdendorfer Straße 198, 53117 Bonn  
Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn  
Telefon: +49 (0) 22899 643-0  
Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: [post@destatis.de](mailto:post@destatis.de)

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: [i-punkt@destatis.de](mailto:i-punkt@destatis.de)  
EDS Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds-destatis.de> E-Mail: [eds@destatis.de](mailto:eds@destatis.de)  
Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin  
Postfach 11 01 02, 10831 Berlin  
Telefon: +49 (0) 3018-644-9428  
Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

<sup>\*)</sup> Zweigstelle Bonn

<sup>\*\*)</sup> zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn